



JUSOS MÜNCHEN

redvision

Unser München der Zukunft



Wir werden unsere Stadt gestalten!

Wir Jusos München werden unsere Stadt gestalten. Wir erleben eine Stadtgesellschaft, die sich rasant verändert und derzeit in Teilen noch orientierungslos wirkt. Für unsere Zukunft in München stellen sich große Fragen: Wie begegnet unsere Stadt dem globalisierten Kapitalismus und der steigenden Ungerechtigkeit? Wie gestalten wir das Wachstum in unserer Region? Wie schätzen wir die vielen Lebensrealitäten in unserer Stadtgesellschaft wert und ermöglichen, dass diese nicht neben-, sondern miteinander solidarisch leben? Wie können wir in unserer Stadt mehr Demokratie wagen? Wie können wir die soziale Durchmischung unserer Stadt nicht nur erhalten und sichern, sondern weiter ausbauen und stärken?

Unsere Stadt ist eine rote Insel. Als Sozialdemokrat*innen gestalten wir diese Stadt seit Jahrzehnten erfolgreich. Keine andere po-

litische Kraft hat sich hier hervorgetan und wird es in Zukunft können. Wir haben unsere Zukunft noch vor uns. Wir befinden uns in einer (Stadt-)Gesellschaft, in der eine positive Vision zur Gestaltung der Zukunft an allen Ecken und Enden schmerzlich fehlt. Diesen Bedarf wollen wir mit unseren Zukunftsvisionen für München decken und dabei aufzeigen, wie München in 20 bis 30 Jahren gestaltet sein kann. Dabei beantworten wir diese Fragen für uns übergreifend und nicht an klassischen Politikfeldern orientiert. Die Entwicklung einzelner politischer Forderungen und Maßnahmen muss sich an dieser Grundausrichtung messen lassen. Dieses Papier zeigt auf, wohin wir wollen. Die Zukunft wird zu jedem Zeitpunkt offen und immer politisch umkämpft sein.

Nur wer den Mut hat zu träumen, hat die Kraft die Zukunft zu verändern.

Inhalt

Wir werden unsere Stadt gestalten!	<i>Seite 2</i>
München wird antikapitalistisch!	<i>Seite 4</i>
München wird wachsen und wir werden das nutzen!	<i>Seite 8</i>
München wird eine Stadt der vielen Lebensrealitäten!	<i>Seite 12</i>
München wird mehr Demokratie wagen!	<i>Seite 16</i>
München wird sozial gemischerter sein als heute!	<i>Seite 20</i>

Impressum

Jusos München Oberanger 38, 80331 München, buero@jusos-muenchen.de
Autor*innen: Alexej Preissler, Anna Dannecker, Anno Dietz, Benedict Lang,
 Caspar Bayer, Christian Köning, Lena Sterzer, Malte Müller
Lektorat: Lena Odell, Kevin Martin
Auflage: 2.000 Stück
Illustration: Anna Fuchs (Instagram an.nafuchs)

**München
wird
antikapitalistisch!**



Kapitalismus schafft wenige Gewinner*innen und viele Verlierer*innen. In unserer Zukunft wird München dieser Tendenz entgegenwirken: Die alltäglichen Grundbedürfnisse der Münchner*innen werden der Marktlogik entzogen. Mit Wohnen, Mobilität, Bildung, Gesundheitsversorgung und kommunalen Dienstleistungen wie Wasser und Strom werden keine privaten Gewinne erwirtschaftet. Vielmehr stehen diese den Münchner*innen uneingeschränkt kostenfrei oder kostengünstig in hoher Qualität zur Verfügung. Die Stadt schützt die Menschen damit in wesentlichen Bereichen vor den Folgen des globalisierten Kapitalismus. Sie bleibt zwar durch ihre Verbindungen nach außen bis auf weiteres Teil des kapitalistischen Systems, wird jedoch nach innen zur Insel, auf der die Orientierung am Gemeinwohl im Vordergrund steht. Die rote Insel München ist für uns dabei kein Mittel der Abschottung gegen jeden globalen Zusammenhang oder internationale und interkulturelle Einflüsse. Vielmehr soll sie unsere Visionen in die Welt des realen Kapitalismus ausbreiten. Dabei arbeitet die Stadt mit anderen Großstädten international zusammen und sieht diese nicht als Konkurrentinnen oder Wettbewerberinnen. Wir werden unsere Stadt entkapitalisieren:

Der Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau wird zu einem wirkungsvollen Gegengewicht zum privatwirtschaftlichen Wohnungsmarkt. Das bedeutet

Kapitalismus bezeichnet zum einen eine spezifische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, zum anderen eine Epoche der Wirtschaftsgeschichte. Die zentralen Merkmale sind in Anbetracht des historischen Wandels und der zahlreichen Kapitalismusdefinitionen sowie ideologischer Unterschiede umstritten. Allgemein wird unter Kapitalismus eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden, die auf **Privateigentum** an den Produktionsmitteln und einer Steuerung von Produktion und Konsum über den Markt beruht.

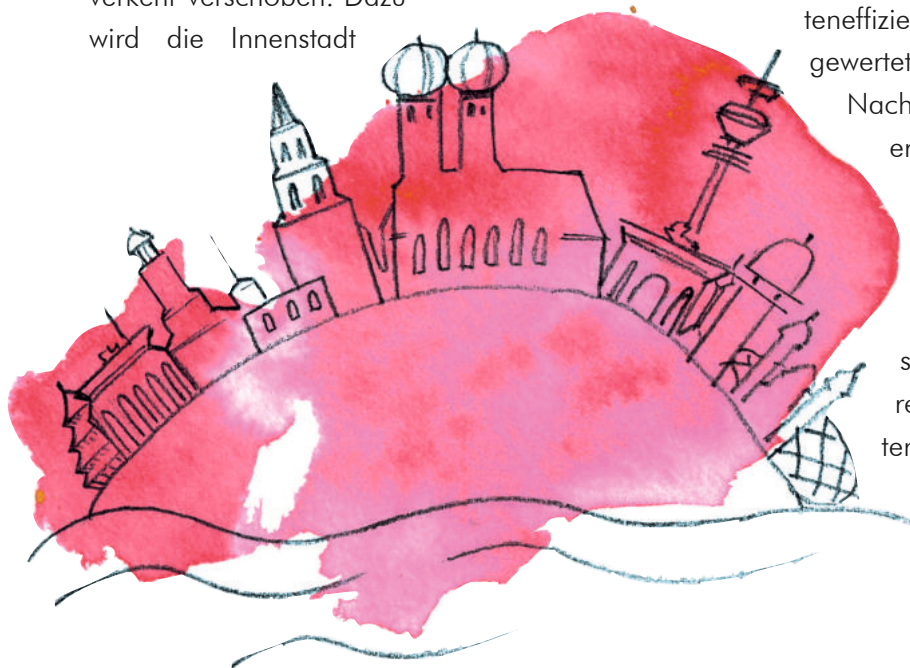
nicht nur, dass alle Menschen Zugang zum Stadtleben erhalten, sondern vor allem auch, dass die restlichen privatwirtschaftlich vermieteten oder sich in Eigentum befindenden Wohnungen billiger werden. Es ist eine Umverteilung der Besitzverhältnisse von Grund und Immobilien zugunsten städtischer und genossenschaftlicher Projekte vorzunehmen. Boden ist kein nachwachsendes Gut und muss deswegen den kapitalistischen Prinzipien dauerhaft entzogen werden. Grundsätzlich finden wir privates Eigentum an Grund und Wohnraum nicht erstrebenswert und wollen dieses nicht weiter fördern.

Ein revolvierender Bodenfond wird eingerichtet. Über Boden werden nur noch Verfügungsrechte gewährt, das Eigentum verbleibt in sozialisierter Form.

Urbanität bedeutet Mobilität für alle. Wir wollen, dass sich alle Münchner*innen möglichst schnell und einfach im gesamten vielfältigen Stadtgebiet

Ein **revolvierender Bodenfond**, in den Münchner*innen einzahlen können, hat das Ziel die Wertsteigerung des Bodens der Allgemeinheit zuzuführen. Grundstücke werden gekauft und dann – mit verpflichtenden sozialen Nutzungsbedingungen – weiterverkauft. Durch die Gewinne werden neue Käufe finanziert. Der Fond stellt eine werstabile Anlage für Bürger*innen dar.

bewegen können. Der Zugang zu Mobilität wird in sozialisierter Form für alle gesichert und wird solidarisch über Steuern und nicht über Nutzungsentgelte finanziert. ÖPNV, Fuß- und Radverkehr sind dabei die angestrebten Mobilitätsformen. Die Verteilung des öffentlichen Raums wird zu Gunsten von Rad und ÖPNV und weg von motorisiertem Individualverkehr verschoben. Dazu wird die Innenstadt



autofrei. Der öffentliche Raum ist zugänglich für alle und in vielen Bereichen frei von Kommerzialisierung und Konsumzwängen.

Angebote von städtischen Kultur- und Bildungseinrichtungen sind allen zugänglich. Die städtischen Museen sowie Bildungseinrichtungen aller Art sind vielfältig und kostenfrei. Die städtischen Schulen werden modellhaft ausgebaut, damit Bildung in München in der Zukunft nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Wir werden das größte kommunale Schulprogramm so ausgestalten, dass mehr Gemeinschaftsschulen möglich sind und ihr Erfolg auf staatliche Schulen ausstrahlt.

In der Vergabe öffentlicher Aufträge wird die Kosteneffizienz nicht als maßgebliches Kriterium gewertet. Die Vergabe wird sich stattdessen an Nachhaltigkeit oder quelloffener und freier Software, mit einer weitestgehenden Entkopplung von kommerziellen Abhängigkeiten, orientieren. Wir unterstützen den Ansatz von Open Data. Unsere Stadtverwaltung stellt z.B. durch Genehmigungsverfahren sicher, dass Metadaten, die von Unternehmen im öffentlichen Raum gesammelt werden, auch der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Des Weiteren



ren soll langfristig die IT in allen kommunalen Betrieben und der Stadtverwaltung auf quelloffene und freie Software umgestellt werden. Gleichermaßen erkennt die Verwaltung die Potentiale des technologischen Wandels und schließt Menschen, die keinen Zugang zu digitalen Medien haben, nicht aus.

In München wird eine umfassende Gesundheitsversorgung in kommunaler Hand bestehen. Gesundheitsversorgung arbeitet nicht profitorientiert. Kommunale Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge, wie die städtischen Kliniken, sind elementarer Bestandteil von antikapitalistisch organisierter öffentlicher Daseinsvorsorge. Unter antikapitalistischer Organisationsform verstehen wir hierbei, dass sich der Sinn von Einrichtungen der Gesundheitsversorgung am Wohl der Patient*innen messen lassen muss und nicht an marktwirtschaftlichen Kennziffern. Gesundheit wird in München keine Ware sein. Die Arbeit im Gesundheitsbereich dient einzig der Gesundheit von Menschen in München – und nicht dem Profit. Ebenso wird es ausreichend kommunale Betreuung und Unterstützung für ältere und pflegebedürftige Münchner*innen geben.

Es wird in München keine Armut und keine Arbeitslosigkeit mehr geben. Sollten kapitalistische Strukturen in unserer Stadt Münchner*innen ohne

Erwerbsarbeit zurücklassen, greifen kommunale Programme. Sie bieten stabile und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ohne Zwang. In diesen Tätigkeiten wird für das Gemeinwohl gearbeitet. Der schrittweise Ausbau des Münchner öffentlichen Beschäftigungssektors spart sowohl Kosten für die Finanzierung von Armut ohne Arbeit als auch für ein Leben in Armut trotz Arbeit. Ein Münchner Mindestlohn wird Grundlage für öffentliche Auftragsvergaben jedweder Form.

Unter **Entkapitalisierung** verstehen wir die Entziehung von Teilbereichen des wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Lebens aus der kapitalistischen Verwertungslogik. In Teilen, wie bspw. bei der Infrastruktur wie Wasserleitungen oder Gleisen ist das aus sinnvollen Gründen bereits heute der Fall. Grundsätzlich fordern wir, dass Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sowohl durch die Allgemeinheit möglichst kostenfrei genutzt als auch auch in allen Teilbereichen des Eigentums der öffentlichen Hand gehören sollen.

Von zentraler Bedeutung ist, dass die Entkapitalisierung so ausgestaltet wird, dass sie von den Bürger*innen aktiv angenommen und aus eigenem Interesse vorangetrieben wird. Nur so ist sie dauerhaft und nachhaltig.

**München wird
wachsen!**

**Und wir werden das
Wachstum nutzen, um die
Stadt nach unseren
Vorstellungen zu gestalten!**



Bevölkerungszuwachs bietet für alle nutzbare Chancen: Ein mehr an unterschiedlichen Perspektiven ist grundlegender Bestandteil von erlebbarer Urbanität in unserer Stadt. Diversität ist ein treibender Faktor für gesellschaftlichen Fortschritt. Das Wachstum urbaner Räume ist kein neues Phänomen und war gleichzeitig schon immer eine für Stadtgesellschaften progressiv nutzbare Tendenz – wenn etwas wächst, dann können wir auch etwas verändern und zwar nach gerechten und solidarischen Prinzipien. Das Bevölkerungswachstum Münchens betrachten wir daher als Chance für unsere Zukunft.

Wir werden den notwendigen Ausbau neuen Wohnraums gestalten. Dazu werden Ausweisungen von bisher bebauungsfreien Räumen erforderlich. Der Bestand wird zusätzlich nachverdichtet und umgestaltet werden, sodass mehr bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Das gilt besonders für Randlagen und Gartenstädte. Dies kann nur durch eine Transformation hin zu mehr gemeinwohlorientiertem oder öffentlichem Grund- und Liegenschaftsbesitz erfolgen. Alle privatwirtschaftlichen Gewinne aus dem Wachstum werden der Allgemeinheit zu Gute kommen.

Unter **Bebauungsdichte** verstehen wir das Verhältnis von bebauter zu unbebauter Fläche im Siedlungsraum. Sie gilt als eine der Kennzahlen für den ökologischen Zustand und die allgemeine Lebensqualität eines dicht bebauten Gebietes, vor allem in urbanen Räumen zur Unterscheidung auch von Stadtgebieten. Je höher die Bebauungsdichte, desto weniger Platz für Freiräume oder Grünflächen ist vorhanden. Gleichzeitig ist eine gleichmäßige Bebauungsdichte über die gesamte Fläche anzustreben.

In München wird es weiterhin Parks und Freiflächen geben. Eine nachhaltige, kreative Stadtplanung unter Beteiligung der Bürger*innen garantiert, dass die Nachverdichtung nicht zu Lasten der Lebensqualität stattfinden wird. Veränderungen im Stadtbild sind dabei unumgänglich. Da der motorisierte Individualverkehr weniger Flächen verbrauchen wird (sowohl weniger Parkplätze als auch weniger Fahrspuren), kann dieser zusätzlich entstehende Raum in Anspruch genommen werden, um trotz höherer Bebauungsdichte Münchens Lebensqualität auszubauen. Auch weitere kreative Projekte – wie etwa Dach- und Wandbegrünungen, gemeinschaftlich gepflegte Blumenwiesen usw. – werden für mehr Grün und Natur in der Stadt sorgen.

Gleichzeitig wird die soziale und technische Infrastruktur entsprechend mitwachsen. Wenn, wie von einigen gefordert, Wachstum nicht durch politische Entscheidungen reguliert wird, gehen die Entwicklungen zu Lasten vulnerabler Bevölkerungsschichten. Zu diesen zählen Mieter*innen privater Wohnungen, kurzfristig auf wohnraumliche Veränderungen angewiesene oder arme Menschen. Da der Zuzug nach München stark arbeitsmarkt- und ausbildungsorientiert, also vor allem wirtschaftlich motiviert ist und bleiben wird, fühlen sich die Bewohner*innen Münchens unabhängig vom Einkommen bedroht, Opfer von Verdrängungsprozessen zu werden. Aus der Einkommensstärke mancher Zuziehender resultiert beispielsweise eine höhere Zahlungsbereitschaft für Mieten. Diese trifft auf immer stärkere internationale Investitionsaktivitäten als Folge eines globalisierten Kapitalismus bei stark geschützten Eigentumsverhältnissen. Die hauptsächliche Organisation des Mietmarktes nach Angebot und Nachfrage führt daher zu einer nicht stemmbaren Belastung für die geringverdienenden Bewohner*innen Münchens. Primärer Grund dafür ist, dass die Grundfläche Münchens gleich bleibt, die Bewohner*innenzahl und damit die Nachfrage nach Wohnraum aber steigt

und weiter steigen wird, wenn keine Regulationen stattfinden. Dabei ist die These falsch, Bevölkerungswachstum könne durch kommunalpolitisches Handeln verhindert werden: Der Versuch, die wirtschaftliche Anziehungskraft Münchens durch gesteuerte Abwertung von Stadtvierteln oder durch weniger Stadtmarketingaktivitäten zu reduzieren, ist eine Illusion. Vielmehr ist es Aufgabe unserer Politik, das Bevölkerungswachstum zu steuern und zu regulieren.

Überkommunale Regionalparlamente können dabei sicherstellen, dass eine koordinierte demokratische Entwicklung unter Berücksichtigung diverser Interessen für eine ganzheitliche Lösung stattfindet. Denn das Wachstum der Städte hat unmittelbare Auswirkungen auf unser Umland und die gesamte Region. Die Preisentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt oder die Anforderungen an den ÖPNV in der Umgebung sind ähnlich wie die städtischen Tendenzen. Die politische Gestaltung darf also nicht an den Stadtgrenzen enden. Auch Bund und Freistaat müssen grundlegend die gleichwertigen Lebensverhältnisse für alle – in Land und Stadt – ermöglichen.



**München wird
eine Stadt der
vielen
Lebensrealitäten!**



Unser München wird eine Stadt für viele Lebensrealitäten: Hier haben alle Platz, unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, sexueller Orientierung, kulturellem Hintergrund und Religion. München wird die Stadt der weltoffenen, pluralen Gesellschaft, frei von Ausgrenzung und Diskriminierung. Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben in unserer Stadt nichts verloren.

Hier treffen verschiedene Lebensrealitäten aufeinander, leben friedlich und solidarisch zusammen und bereichern sich gegenseitig.

In jedem Stadtviertel müssen die grundlegenden Aspekte der Daseinsvorsorge durch Geschäfte, ärztliche Versorgung, Bibliotheken, etc. gedeckt sein. Weiter muss es allen offenstehen, zu entscheiden, wo sie leben möchten. Um das zu erreichen, müssen alle Stadtviertel bezahlbar, familienfreundlich und auch altersgerecht und barrierefrei sein. In München sollen verschiedene Generationen zusammen miteinander leben: Dies soll durch genossenschaftlich organisiertes Mehrgenerationenwohnen ermöglicht werden.

Zur gegenseitigen Unterstützung wohnen im

Mehrgenerationenwohnen Menschen zusammen, die mehreren Generationen angehören. Jüngere und Ältere unterstützen sich dabei im Idealfall gegenseitig. Denkbar ist das Modell sowohl bei Verwandten als auch bei Personen, die sich vorher nicht kennen und die institutionell vermittelt werden.

Dennoch behalten die Stadtviertel ihre eigenständigen Merkmale. Wir wollen keine Funktionszuweisung zu einzelnen Stadtvierteln, die gesellschaftliche Vielfalt soll sich auch innerhalb dieser widerspiegeln. Aus der Pluralität der Stadtviertel leiten wir ab dass es nicht eine allgemeine Antwort auf die Zukunftsfragen Münchens gibt, sondern, dass Antworten den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort gerecht werden müssen.

Wir wollen weiter, dass die Münchner*innen über ihre Stadtviertel hinaus zusammenkommen. Hierfür müssen wir, vor allem innenstadtnah, öffentliche Räume schaffen, die konsumfrei und somit für alle offen sind. Wir wollen Kultur für alle und nicht nur für die Eliten. Nutzungen im öffentlichen Raum schaffen zwangsläufig Festsetzungen sozialer Erwünschtheit, hier müssen wir mit vielfältigen Rahmenbedin-

Quartiersmanagement verbessert die Lebenssituation der Bewohner benachteiligter Stadtquartiere und stößt auf Quartiersebene nachhaltige Entwicklungsprozesse an. Bezogen auf ein Stadtquartier werden von öffentlichen Stellen bzw. extern beauftragt prozesshaft und intermediär und die Interessensunterschiede von Bewohner*innen thematisiert, moderiert und öffentlich gemacht. Übergreifende und gemeinsame Interessen können dann den Ansatzpunkt für die Entwicklung von Projekten bilden. Außerdem werden unterschiedliche Akteur*innen miteinander vernetzt.

gungen gegensteuern und Akzeptanz schaffen. Der öffentliche Raum wird generell umverteilt: Verkehrsflächen nehmen weniger Platz ein, öffentlicher Raum wird den Münchner*innen zur Begegnung und Nutzung zurückgegeben und dementsprechend gestaltet. Einen zusätzlichen Beitrag leisten Quartiersmanagement und kleinteilige Nachbarschaftshilfen. Hier werden wir auch selbstverwaltete Freiräume für alle schaffen – insbesondere für junge Menschen. Um die Religionsfreiheit zu gewährleisten werden öffentliche Gebäude, wie z.B. Schulen und Gerichte, neutral und somit frei von religiösen Symbolen gestaltet.

München wird weiterhin Migrant*innen und Geflüchtete ab dem ersten Tag als Mitbürger*innen willkommen heißen. Die Unterbringung von Geflüchteten wird dezentral organisiert sein, es werden Bildungshürden abgebaut und Möglichkeiten zur Partizipation geschaffen sein. In München wird der mögliche Bildungserwerb nicht vom Geldbeutel, der sozialen wie sonstigen Herkunft abhängen.

Im öffentlichen Raum haben unterschiedliche Akteur*innen jeweils unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Nutzung (Platz, Geräuschkulisse, Ausstoß von Schadstoffen, Verkauf von Dingen, u.ä.). Das passiert bei urbanen Räumen automatisch. Bei allen **Nutzungskonflikten** jedweder Art wollen wir reflektieren, welche Akteur*innen mit weniger Privilegien dem Konflikt ausgesetzt sind.

Münchens Innenstadt wird autofrei sein. Die Münchner*innen begegnen sich in ihrer in barrierefrei umgestalteten Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum. Urbanität ist für alle, unabhängig von sozial erwünschtem Aufenthalt, erlebbar. Nutzungskonflikte werden demokratisch ausgetragen, ohne Konfliktparteien gänzlich zu verdrängen oder auszuschließen.



**München wird
mehr Demokratie
wagen!**



Momentan erleben wir einen Rückzug der Demokratie und gravierende Krisen der institutionellen Partizipationsformen. Partikularinteressen stellen sich im öffentlichen Diskurs auf marktschreierische Art über das Gemeinwohl und blockieren wichtige Weichenstellungen in der Stadtentwicklung. Die Parteien schaffen es nicht, diese Partikularinteressen einzuhegen. Die aktuelle Situation gefährdet die solidarische Ausgestaltung und zukünftige Ausrichtung der Stadt. Die partikularen Wagenburgmentalitäten, die „not in my backyard“-Forderungen und die fortschreitende Entsolidarisierung innerhalb städtischer Diskurse zeigen, dass Beteiligung derzeit falsch verstanden und gelebt wird.

Wir fordern daher echte Partizipation und die umfassende Demokratisierung der Münchner Stadtgesellschaft. Der Ausbau der Bezirksausschüsse hin zu dezentralen Entscheidungs- und Gestaltungsstrukturen wird unsere wachsende Stadt demokratischer machen.

Die Bezirksausschüsse werden eigene, ihnen zugeordnete Verwaltungen haben. Bezirksausschüsse werden nicht mehr nur der zentralen Verwaltung zuarbeiten, sondern tatsächliche

In München haben wir in 25 Stadtvierteln Bezirksausschüsse und jeweils einmal pro Jahr eine Bürger*innenversammlung. Gemeinsam mit dem Stadtrat stehen die **Bezirksausschüsse** alle 6 Jahre zur Wahl. Dafür kandidieren die Parteien mit ihren Wahlvorschlägen. Die gewählten Mitglieder setzen sich für Verbesserungen für das konkrete Stadtviertel ein. Bei der **Bürger*innenversammlung** sind alle Wahlberechtigten des Viertels eingeladen und können sich selbst mit Anträgen auf kommunaler Ebene beteiligen.

Mitgestaltungsräume, beispielsweise in den Sozialregionen, sowie lokale Entscheidungskompetenzen der Bildungs- wie Sozialpolitik, haben. Dezentrale Strukturen erlauben innerhalb eines Münchner Masterplans Anpassungen an die lokalen Bedürfnisse und Gegebenheiten.

Wenn Diskurse von Partikularinteressen beherrscht werden, ist es unsere Aufgabe, einzuschreiten und einen Ausgleich zu suchen. Partizipation der wenigen Privilegierten ist undemokratisch. Nur die gleichberechtigte Berücksichtigung möglichst aller Interessen, auch und gerade derer, die weniger Macht innehaben, gewährleistet ein solidarisches Miteinander und langfristig eine gerechte Ausgestaltung der Stadt.

Dazu gehört auch die Vermittlung von Entscheidungen und Entwicklungen an die Bürger*innen und ihre Einbindung in Planungs- und Entscheidungsverfahren. Wir fordern demokratische Beteiligung aller in den bestehenden Strukturen, wie z.B. Bürger*innenversammlungen, die beteiligungsorientiert überarbeitet werden müssen. Dabei werden politische Prozesse in München transparent abgebildet (z.B. bei Anfragen an die Stadtverwaltung). Dazu gehört auch, dass Münchner Forschungsinstitutionen und Universitäten mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien an die Bürger*innen herantreten, um diese zu diskutieren. Wir werden in unserer Stadt alle Möglichkeiten nutzen um Menschen zu kritischem Umgang mit technologischer Entwicklung zu befähigen.

Gerade die Heranführung an Demokratie, so wie sie in München gelebt wird, ist einer der zentralen Bestandteile unserer Stadtgesellschaft. Schon in der Schule wird im Politikunterricht nicht nur Wissen über die bundesstaatlichen Ebenen vermittelt, sondern es werden auch kommunale Entscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeiten behandelt. Durch die Stärkung von Schüler*innenbeteiligung können

Schüler*innen schon früh demokratische Erfahrungen sammeln. Dies bedeutet freilich auch, dass man Schüler*innen wirkliche Beteiligungsmöglichkeiten einräumen wird.

München ist mit Wachstum konfrontiert. Dieses Wachstum bedeutet auch, dass Menschen aus ganz unterschiedlichen Kontexten zu uns kommen. Wir werden auch den zugezogenen neuen Münchner*innen ihre Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen und sie an die Münchner Politik heranführen. Ein Erfahrungsraum für demokratische Beteiligung wird die Umgestaltung der Daseinsvorsorge mittels Beiratsstrukturen (bspw. bei Wohnungsbaugesellschaften) mit demokratischen Wahlen sein. Auch digitale Beteiligungs- und Informationsstrukturen werden ausgebaut.

Gleichermaßen werden städtische Beteiligungsgesellschaften, kommunale Eigenbetriebe und die eigentliche Stadtverwaltung Vorbilder in der Gestaltung demokratischer Arbeitsprozesse sein. Die Umgestaltung der Arbeitswelt wird hier ihren Anfang nehmen.



**München wird
stärker sozial
gemischt sein als
heute!**



Residentielle Segregation bezeichnet die räumliche Trennung verschiedener sozialer Bevölkerungsgruppen. Das Ghetto stellt die extreme Form der Segregation dar. Mit der Segregation sind i.d.R. ungleiche Lebenschancen wie auch Unter- bzw. Überauslastung von sozialen Infrastruktureinrichtungen verbunden.

München wird in Zukunft sozial noch gemischer sein als heute. Wir wollen keine geteilte Stadt, mit attraktiven Innenstadtvierteln für die, die es sich leisten können und Wohnsiedlungen für die Massen an der Grenze zur Peripherie. Wir wollen die gemeinsame Stadt für alle sozialen Schichten, alle Lebensphasen und kulturellen Hintergründe. Die gemeinsame Existenz dieser Vielfalt macht die entscheidende Qualität von unserer Stadt aus. Dafür steht unser München auch heute beispielhaft, erfolgreich geprägt durch sozialdemokratische Politik.

Diese soziale Mischung ist in München durch den zunehmenden Verdrängungsdruck auf dem Wohnungsmarkt gefährdet. Dies birgt die Gefahr sozialer Entmischung bis hin zu residentialer Segregation.

Wir verhindern das Entstehen von residentiel-ler sozialer Segregation, indem wir im Neubau einen Anteil von mindestens 30 Prozent an – dauerhaft gebundenem – einkommensorientiert gefördertem Wohnraum einfordern und schaffen. Auch im Bestand erhalten wir bezahlbaren Wohnraum. Wir streben diese Münchner Mischung im ganzen Stadtgebiet an, indem wir dort wo weniger bezahlbarer Wohnraum besteht, höhere Anteile an gefördertem Wohnraum realisieren. Wir wollen kleinräumig sozial gemischte Strukturen, die Begegnung zwischen den Gruppen von unterschiedlichen sozialem Status ermöglichen. Dazu gehört auch, dass die Nachverdichtungsprozesse sich immer am Ziel der Münchner Mischung orientieren und diese erhalten bzw. in manchen Gebieten überhaupt erst schaffen.

Seit vielen Jahren versucht die maßgeblich von der SPD gestaltet Politik der Landeshauptstadt München die **Münchner Mischung** zu erhalten und auszubauen. Darunter verstehen wir die in München im deutschlandweiten Vergleich einzigartige Mischung, hinsichtlich der Eigentumsstruktur des Wohnraums sowie der Einkommensstruktur der Bewohner*innen in nahezu allen Stadtvierteln. Diese wurde politisch durch Förderprogramme und städtische Interventionen in den Wohnungsmarkt geschaffen. Dabei werden ein Drittel frei finanzierte Mietwohnungen, ein Drittel Eigentumswohnungen und ein Drittel sozial geförderter Wohnraum angestrebt.

Der **Schulsprengel** ist ein abgegrenztes Einzugsgebiet, das einer bestimmten Regelschule zugeordnet ist. Die dort wohnenden schulpflichtigen Kinder sind grundsätzlich zum Besuch dieser zuständigen Schule verpflichtet. In Bayern haben wir Mittel- und Grundschulsprengel.

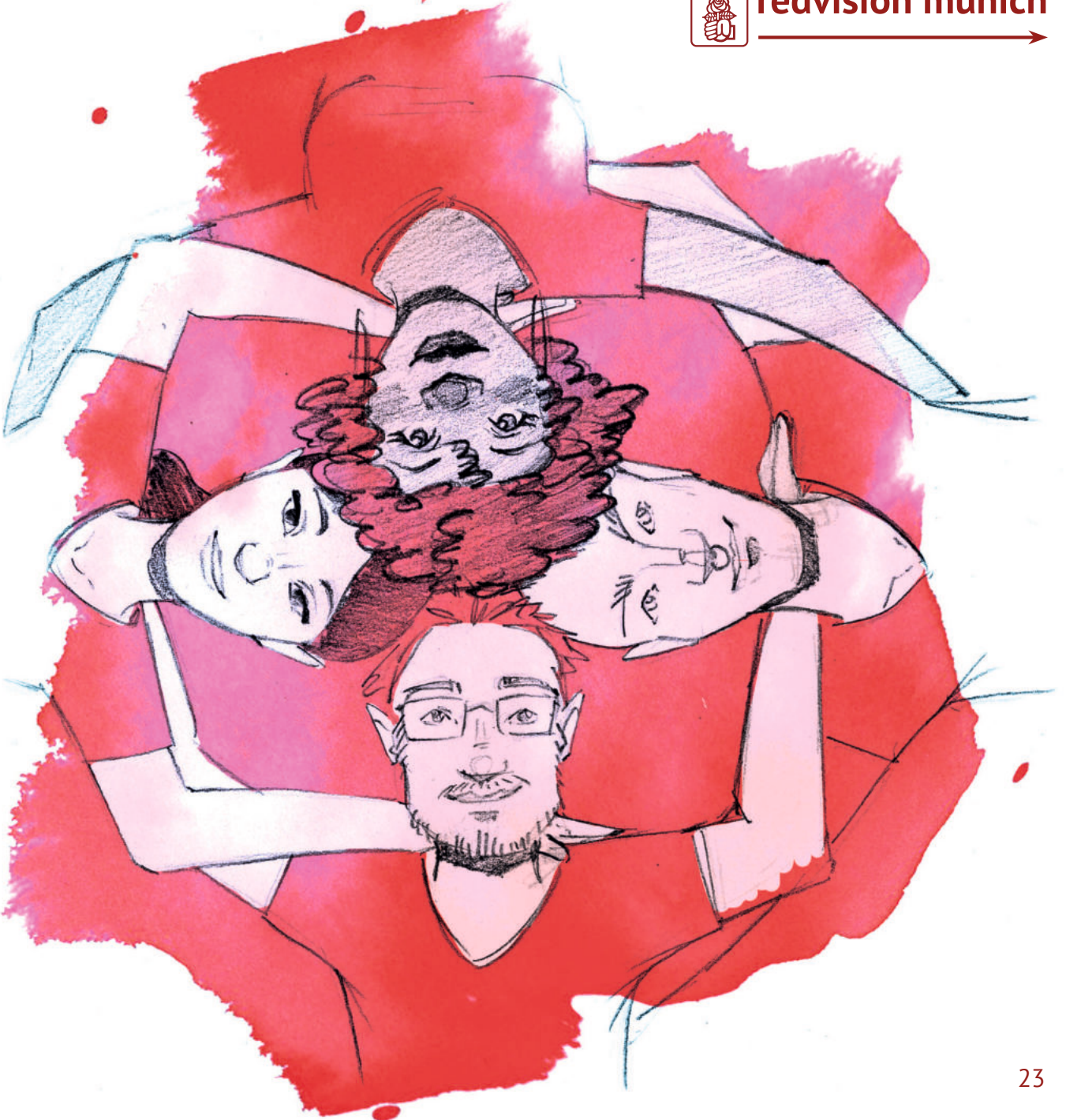
Auch als kulturelle Hochburg steht München in der Verantwortung, nicht nur Hochkultur, sondern auch zeitgenössische Kunst zu fördern. Förderprogramme für junge Kunst und Künstler*innen, sowie Genreübergreifende Projekte werden entwickelt werden.

Eine rein territoriale Betrachtung von sozialer Mischung ist aber nicht ausreichend. Sie ist stets nur notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für das Entstehen echter sozialräumlicher Verflechtung. Echte Begegnung unterschiedlicher sozialer Schichten findet insbesondere in Institutionen mit verpflichtender Teilnahme statt, die soziale Gleichheit anstreben und gleichzeitig auf Grundlage einer sozial gemischten räumlichen Einheit konstituiert sind. Ein Beispiel hierfür sind die Grundschulen, die auf Basis von Schulsprengeln und Schulpflicht von Kindern jeder Herkunft besucht werden müssen. Diese institutionellen Begegnungsräume werden wir stärken und neue schaffen.

Gerade auch im Kontext des Zugangs zu Bildung manifestiert sich soziale Spaltung. In München schaffen wir Bildungsinstitutionen, die den Ausgleich sozialer Herkunft sicherstellen und einen egalitären Zugang zu Bildung gewährleisten. Dazu gehört für uns die verpflichtende frühkindliche Bildung in Einrichtungen der öffentlichen Hand, ein ausgebautes

Unter **Gesamtschulen** verstehen wir Schulformen, die die Differenzierung der möglichen Bildungsabgänge (Mittelschulabschluss, Realschulabschluss, Abitur) innerhalb einer Schule ermöglichen. In München gibt es – das vom Freistaat Bayern nicht geförderte und politisch abgelehnte – Modellprojekt der Willy-Brandt-Gesamtschule. Wir wollen langfristig die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems und streben kommunale Modellprojekte hierfür an.

Gesamtschulwesen, und die Gewährleistung von Möglichkeiten lebenslangen Lernens. Diese werden an Sprengeln orientiert sein und verhindern, dass sich bestimmte soziale Schichten geplant oder vermeintlich zufällig abschotten. Erst die sozial gemischte Stadt ermöglicht den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, Institutionen, Informationen und Kultur und damit die Bedingungen für echte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.





redvision

Unser München der Zukunft

Auf die fünf visionären Ziele für Münchens Zukunft in dieser Broschüre arbeiten wir Jusos München hin. Mit unserem Papier schaffen wir beides: Wir geben Orientierung für die Zukunft und ermöglichen gleichermaßen, aktuelle politische Einzelentscheidungen abzuleiten. Wir haben keine abschließende Liste oder einen Forderungskatalog, sondern zeigen anhand wichtiger Gestaltungsfelder auf, was für ein München wir schaffen wollen und welche Herausforderungen vor uns liegen. Alle Entscheidungen des Stadtrates wie unserer Partei, jegliche denkbare politische Zusammenarbeit in Kooperationen oder Bündnissen egal welcher Art werden wir an unseren Visionen messen.

**Wir werden uns unsere Zukunft erkämpfen!
Her mit dem besseren Leben in unserer Stadt.**

Jusos München

Oberanger 38, 80331 München

jusos-muenchen.de

kontakt@jusos-muenchen.de

Vi.S.d.P. Christian Köning